

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Botschaftssekretär Sinkevich,
sehr geehrter Herr Konsul Rumjantzew,
sehr geehrter Herr Reschetnikov,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz,
sehr geehrte Anwesende,

wir sind heute hier zusammen gekommen, um an die schrecklichen Geschehnisse zu erinnern, die sich an diesem Ort vor 69 Jahren ereigneten.

Ausgangspunkt dieses Ereignisses war eine von Deutschland ausgehende menschenverachtende Politik, die mit dem Überfall Nazideutschlands auf Polen am 1. September 1939 ganz Europa und weite Teile der Welt in den zweiten Weltkrieg führte in dessen Verlauf 60 Millionen Menschen ihr Leben ließen.

Gleichzeitig wurde in Deutschland die staatlich organisierte, industrielle Massenvernichtung von europäischen Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, geistig und körperlich Benachteiligten sowie von politisch Andersdenkenden mit penibler Gründlichkeit ausgebaut.

Massenhaft wurden Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der deutschen Industrie und Landwirtschaft zu sogenannten kriegswichtigen Arbeiten unter heute unvorstellbaren Bedingungen gezwungen.

Dies alles geschah auch in und um Hannover. Neben zahlreichen staatlich organisierten Verbrechen in dieser Zeit, muss auch der sinnlose Massenmord genannt werden, der sich kurz vor Kriegsende an diesem Platz hier auf dem Seelhorster Friedhof ereignete.

Am 6. April 1945, vier Tage vor der Befreiung Hannovers durch die amerikanischen Alliierten, traten 155 Kriegs- und Zivilgefangene aus dem Arbeitslager Lahde und dem Polizeiersatzgefängnis Ahlem ihren Todesmarsch durch Hannover zum Seelhorster Friedhof an.

Bereits am Tag zuvor und am Morgen des Exekutionstages mussten etwa 20 bis 30 zur Erschießung vorgesehene Häftlinge ein Massengrab ausheben. Der Ort des Grabes war bereits zuvor mit der Friedhofsverwaltung abgesprochen und von ihr gekennzeichnet worden. Auf Bitte der Friedhofsverwaltung wurden die Erschießungen so früh angesetzt werden, dass die Zivilbevölkerung nicht gefährdet wurde.

Die Häftlinge kamen morgens um 9.00 Uhr hier auf dem Friedhof an. Gegen 10.00 wurden zunächst die Häftlinge erschossen, die das Grab ausgehoben hatten. Anschließend mussten sich die Anderen in Viererreihen vor den Gräbern aufstellen und wurden mit gezielten Kopfschüssen ermordet. Später wurden die Menschen in 25er Gruppen zum Grab getrieben, sie mussten sich in das Grab legen und wurden dann erschossen. Gegen 14.00 Uhr war die Exekution beendet.

Nur eine Person, der Häftling Peter Palnikow, konnte diesem grausamen Geschehen entkommen. Er informierte später die Alliierten von den Ereignissen.

Auf Anordnung amerikanischer und britischer Militärdienststellen wurde später am hannoverschen Maschsee im Herzen der Stadt und in Blickweite zum Neuen Rathaus ein Ehrenfriedhof für die Ermordeten angelegt.

Am 2. Mai 1945 exhumierten auf Anordnung der Alliierten hochrangige stadtbekannte Nazis die Toten. Diese wurden unter dem angeordneten Beisein der hannoverschen Bevölkerung in einem Trauerzug zum Ehrenfriedhof am Maschsee gebracht.

Neben den 154 am 6. April 1945 erschossenen Menschen, wurden hier auf dem Seelhorster Friedhof weitere 386 Leichen in Massengräbern gefunden. Auch bei ihnen handelt es sich um Zwangsarbeiter und Insassen von Konzentrationslagern aus dem Großraum Hannover.

Die IG Metall Hannover hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen ermordeten Menschen ein ehrenvolles Andenken zu bereiten.

Jedes Jahr zum Antikriegstag am 1. September organisiert die Gewerkschaftsjugend in Kooperation mit weiteren Unterstützern unter Anwesenheit der Stadtöffentlichkeit eine Gedenkveranstaltung auf dem Ehrenfriedhof am Nordufer des Maschsees.

So wurde in einem Jahr symbolisch eine Mauer der Intoleranz gemeinsam mit den Besuchern eingerissen und eine Brücke in den Frieden gebaut. In einem anderen Jahr wurden Friedenstauben fliegen gelassen und letztes Jahr legten die Teilnehmer bei Klängen eines Pianos weiße Lilien auf die Grabreihen.

Durch die Erinnerung an die grausamen Ereignisse des 6. April 1945 möchten wir deutlich machen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, in einer offenen und toleranten Gesellschaft zu leben. Schon einmal mussten in Deutschland demokratische Strukturen einer Gewaltherrschaft weichen – die katastrophalen Auswirkungen sind an diesem Ort und anderswo noch heute sichtbar.

Es ist unsere Aufgabe, immer wieder daran zu arbeiten, dass demokratische Errungenschaften in unserem Land und anderswo nicht Frage gestellt werden. Immer wieder wird auch heute der Versuch unternommen offen oder auf dem ersten Blick nicht sichtbar, diese zu beschneiden und mancherorts werden Demokratiebestrebungen erst gar nicht zuzulassen.

Die deutschen Gewerkschaften wissen aus eigener Vergangenheit um die Wichtigkeit der Verteidigung von demokratischen Rechten. Neben den frühen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung zählten auch aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu den ersten Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Diese Woche hat der DGB an die recht frühe Erstürmung des hannoverschen Gewerkschaftshauses am 1. April 1933 vor 81 Jahren erinnert. Die SS trieb damals die Anwesenden in den Hof, misshandelte sie und verschleppte 25 von ihnen. Einen

Monat später waren reichsweit alle Gewerkschaftshäuser besetzt, unzählige Gewerkschafter verhaftet und die freien Gewerkschaften verboten.

Systematisch organisierten die Nationalsozialisten so die Gleichschaltung der Gesellschaft. Sie organisierten also das Gegenteil von Demokratie – und setzen damit ihre politische Ideologie durch, die auf Größenwahn, Ausgrenzung und Intoleranz fußte. So etwas darf nie wieder passieren.

Im Bewusstsein dieser Vergangenheit und aus tiefer politischer Überzeugung, hat es sich die IG Metall zur Aufgabe gemacht, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu wahren und zu verteidigen. Die IG Metall hat das erklärte Ziel, die Wirtschaft demokratisieren und neofaschistische, militaristische und reaktionäre Elemente fernzuhalten.

Dieses ist nicht nur erklärtes Satzungsziel unserer Gewerkschaft, es ist politische Notwendigkeit und für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine Herzensangelegenheit.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ständig wachsam zu sein und im Zweifel aktiv zu werden, wenn düstere Gestalten versuchen, unseren demokratischen Konsens zu gefährden.

Es ist nicht lange her, da hat die rechtsradikale Gruppe „Besseres Hannover“ mit ihren geschmacklosen Aktionen auf sich und ihre Ziele aufmerksam gemacht. Es wurden rechte Propagandazeitungen an Schulen verteilt und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger beschimpft und bedroht. Es wurden Hetz-Thesen auf ansprechende Internetseiten gestellt und Videos veröffentlicht, die jugendgerecht und gut gemacht die rechte Ideologie dieser Gruppe verbreitete. Nachdem auch die damalige niedersächsische Sozialministerin Drohbriefe erhielt dauerte es nicht lange, bis die Gruppe „Besseres Hannover“ verboten wurde. Seitdem ist sie öffentlich nicht mehr in Erscheinung getreten.

Mit dem Verbot konnten aber nicht die Gedanken und Überzeugungen der Rechten in Hannover verboten werden. Diese Menschen gibt es weiterhin und weiterhin werden sie aktiv. Im Dezember wurde beispielsweise ein hungerstreikender Flüchtling am Schillerdenkmal von einer rechten Gruppe überfallen. Seit Monaten werden immer wieder hannoversche Parteieinrichtungen attackiert. Erst jüngst wurden wieder Gebäude und Menschen einer linken Partei angegriffen.

Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, immer wieder dafür einzustehen, dass Vielfalt, Toleranz und Solidarität in unserer Stadt zu Hause sind. Fremdenfeindlichkeit, Hass und Ausgrenzung müssen wir entschieden entgegentreten.

Deshalb möchte ich auch hier heute sagen: Hannover hat keinen Platz für ein Geschäft für Nazi Kleidung. Ich bin davon begeistert, dass immer wieder Menschen aktiv werden, um deutlich zu machen, dass Hannover eine weltoffene Stadt ist, die rechtsradikalen Lifestyle nicht akzeptiert. Genau an diesen Stellen wird deutlich,

dass wir alle in der Verantwortung sind, die demokratische Idee zu verteidigen, denn sie ist das Fundament einer vielfältigen Gesellschaft.

Wir müssen aber auch darauf achten, dass die Menschen nicht dazu gedrängt werden, aus Verzweiflung den demokratischen Konsens aufzukündigen.

Wir erleben derzeit ein Europa, in dem es den Menschen in weiten Teilen nicht gut geht. Griechenland, Spanien, Portugal und weitere Länder sind in aller Munde. Der große Teil der Menschen dieser Länder bezahlt gerade für eine Krise, die sie nicht zu verantworten haben.

Sozialsysteme werden zusammengestrichen. Arbeitnehmerrechte werden abgebaut. Während tausende Menschen immer wieder auf die Straße gehen, um für soziale Standards zu kämpfen, werden ihren Regierungen Auflagen gemacht, immer weitere Sparmaßnahmen durchzusetzen.

Zeitgleich verdienen die Krisenverursacher, die weltweiten Banken, Versicherungen und sonstige Finanzjongleure mittlerweile wieder gutes Geld und die Kurse an den europäischen Leitbörsen steigen in lange nicht dagewesene Höhen.

Immer mehr Menschen finden das ungerecht – nicht nur in den europäischen Krisenländern. Sie fühlen sich machtlos und haben das Gefühl, egal welches Kreuz sie auf dem Wahlzettel machen, ihre persönliche Situation werden sie damit nicht verbessern können.

Die rigorose europäische Sparpolitik, die auch aus Deutschland heraus vorangetrieben wird, bereitet zunehmend den Boden für antidemokratische Tendenzen. In Griechenland findet die rechtsradikale Partei „Goldene Morgenröte“ starken Zuspruch, in Spanien und Portugal nehmen antieuropäische Meinungen zu.

Mit der Idee des geeinten Europas wurde auch immer die Idee des Europas im Frieden verbunden. Diese Idee ist zunehmend gefährdet. In Frankreich und den Niederlanden gewinnen antieuropäische Parteien an Einfluss. Auch in Deutschland ist diese Entwicklung immer stärker wahrnehmbar - die kommende Europawahl im Mai wird dies womöglich zeigen.

Wer ein Europa in Frieden möchte, muss es sich zur Aufgabe machen, dass es allen Menschen in Europa wirtschaftlich gut geht. Reformen müssen im Sinne der Menschen und nicht gegen sie gemacht werden. Die Menschen müssen an den Entwicklungen von Lösungen demokratisch beteiligt werden und die Krisenverursacher müssen stärker zur Finanzierung herangezogen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesenden,

wir stehen hier an dem Ort, an dem heute vor 69 Jahren weitere 154 Menschen Opfer der antidemokratischen Gewaltherrschaft der Nazis wurden. Lasst uns dies eine Mahnung sein und lasst uns gemeinsam weiterhin daran arbeiten, dass so etwas nie wieder in unserer Stadt, in unserem Land, in Europa und auf der ganzen Welt passiert.